

Dringender Handlungsbedarf im städtisch-industriellen Strukturwandel der MOE-Staaten

– Erklärung des Netzwerks raumwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen in Mittel- und Osteuropa –

Der Strukturbruch in den 90er Jahren hat viele Staaten Mittel- und Osteuropas vor gravierende Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung gestellt. Hier gibt es eine Vielzahl von Städten und Regionen, die aufgrund ihrer industriellen Basis über Jahrzehnte hinweg Motoren der wirtschaft-



Nachnutzung von Industriearealen als Museum – das Weltkulturerbe Völklinger Hütte im Saarland

lichen Entwicklung waren, jedoch in den letzten zehn Jahren infolge der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformation, des Einflusses der Globalisierung sowie der gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte ihre wirtschaftliche Basis weitgehend verloren haben und heute vor weitreichenden und tiefgreifenden sozioökonomischen Strukturproblemen stehen. Hierzu gehören beispielsweise ehemalige Standorte der Stahl-, der Textilindustrie und des Schiffbaus sowie vom Bergbau und der Energieerzeugung geprägte Städte und Regionen, aber auch Standorte der Rüstungsindustrie, der Mikroelektronik und des Flugzeugbaus.

Einige dieser Städte und Regionen sind aufgrund endogener Potenziale und/oder externer Impulse auf dem Weg der Modernisierung und Umstrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft bereits fortgeschritten. Aufgrund günstiger Kopplungen von Verkehrslage, Ressourcenausstattung, nationaler Aufmerksamkeit oder dem Interesse ausländischer Investoren bestehen hier oft günstige Voraussetzungen für eine Bewältigung des Strukturwandels.

Die Mehrzahl dieser Städte und Regionen hat jedoch aufgrund ungünstiger Rahmenbedingungen weniger gute Voraussetzungen für eine Bewältigung struktureller Defizite und für eine Umkehr des

Problemgebiete der Zukunft

Abwärtstrends. Sie bilden die Problemgebiete der Zukunft, wenn sich die bisherigen Entwicklungstrends fortsetzen. Häufig sind die Herausforderungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung eng mit Aufgaben der Sanierung der Umwelt verbunden. Ihre Bewältigung ist in der Regel nicht mit den endogenen Kräften allein zu erreichen. Diese Städte und Regionen bedürfen daher einer besonderen Aufmerksamkeit von Politik und Verwaltung auf nationaler und internationaler Ebene. Insbesondere auf sie bezieht sich diese Erklärung.

Die besondere Problematik der Entwicklung altindustrialisierter Städte und Regionen mit ungünstigen Strukturbedingungen in Mittel- und Osteuropa besteht darin, dass es sich dabei um einen zirkulären, sich selbst verstärkenden Prozess handelt. Dieser wird geprägt vom Nieder-



(Foto: A. Grosz)

Stillgelegte Anlagen des Braunkohlenbergbaus in nordwestungarischen Tatabánya

NR. 17 APRIL 2001

Seite 1
Dringender Handlungsbedarf im städtisch-industriellen Strukturwandel der MOE-Staaten

Seite 3
Industriebrache und wie weiter? – Ein Kriterienkatalog zur Einschätzung naturverträglicher Folgenutzungen

Seite 4
Berücksichtigung von Umweltbelangen in raum- und stadtentwicklungspolitischen Instrumenten auf europäischer Ebene

Seite 5
Umbau der sächsischen Städte

Seite 6
Aus den Partneereinrichtungen der WGL

Seite 7
Aktuelles

Institut für ökologische Raumentwicklung e. V., Dresden

gang der industriellen Wertschöpfung, dem Verlust an Image und Selbstwert-schätzung, der Vergeudung von Human-kapital, der finanziellen Überforderung bei der Unterhaltung überkommener, groß-dimensionierter Infrastrukturen und bei der Bewältigung von Altlasten sowie von zunehmender sozialer Desintegration und wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit.

Über Jahrzehnte hinweg gewachsene räumliche Strukturen verlieren ihre Funk-tion, Disparitäten verschärfen sich groß-räumig und kleinräumig in bisher unge-ahntem Ausmaß. Besonders gravierend wirkt sich dabei aus, dass die Industrie-kombinate in den Ländern Mittel- und Ost-europas aufgrund von Monostruktur, Pro-duktionstiefe und allgemeinen – über die eigentliche Produktion hinausreichenden – sozialen und wirtschaftlichen Dienst-leistungsfunktionen häufig die jeweilige städtische und regionale Entwicklung ins-gesamt in erheblichem Maße beeinflusst haben oder beeinflussen.

Aufgrund der zunehmenden Polarisierung stehen die nationalen Regierungen der Staaten in Mittel- und Osteuropa heute vor einer schwierigen Gratwanderung zwischen der konsequenten Förderung von Wachstumszentren einerseits und dem wirtschaftlichen und sozialen Aus-gleich zwischen Regionen und den un-terschiedlichen Gruppen der Gesellschaft andererseits.

Empfehlungen

Vor dem Hintergrund dieser Problematik empfiehlt das Netzwerk raumwissen-schaftlicher Forschungseinrichtungen in Mittel- und Osteuropa, dessen Koordina-tion im Dresdner Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) geleistet wird, das Folgende:

Mehr politische Aufmerksamkeit

■ Altindustrialisierten Städten und Re-gionen in Mittel- und Osteuropa mit schwierigen Strukturbedingungen soll-te mehr Aufmerksamkeit auf allen Ebe-nen der Politik und der internationalen Zusammenarbeit gewidmet werden. Außerdem ist eine neue Zukunftsvision erforderlich. Die unterschiedlichen Di-mensionen der Entwicklung altindus-trialisierter Städte und Regionen mit schwierigen Strukturbedingungen soll-ten in den Operationellen Programmen der europäischen Förderprogramme und bei der Strukturförderung auf na-tionaler Ebene besonders beachtet werden. Förderkriterien sollten darauf ausgerichtet werden. Ein eigenes Förderprogramm zur Bewältigung des Strukturwandels in den besonders be-troffenen Städten und Regionen könn-

te den besonderen Herausforderungen am besten gerecht werden.

■ Die Frage der Lastenverteilung bei der Sanierung und Entwicklung altindus-trialisierter Städte und Regionen sollte neu diskutiert werden. Altindustriali-sierte Städte und Regionen mit schwie-rigen Strukturbedingungen haben häu-fig weder die Verantwortung für die Ent-wicklungen in der Vergangenheit noch sind sie in der Lage, die Kosten für die Bewältigung der damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Heraus-forderungen sowie die Beseitigung der ökologischen Altlasten zu tragen. Die Übernahme der in diesem Zusammen-hang entstehenden „unrentierlichen“ Kosten erfordert oft ein Engagement nationaler Stellen sowie eine interna-tionale Unterstützung. Daher ist es not-wendig, die Lasten für und die Investi-tionen in die Sanierung und Entwick-lung nicht einseitig der lokalen oder re-gionalen Ebene aufzubürden, sondern vielmehr einen Diskurs über eine ange-messene Lastenverteilung zu führen.

Mobilisierung endogener Potenziale

■ Städte und Regionen sollten durch De-zentralisierungsmaßnahmen bei ihren Anstrengungen unterstützt werden, ei-gene Kräfte zur Bewältigung der Struk-turprobleme zu mobilisieren. Dies er-fordert die organisatorische Unterstüt-zung bei der Einleitung notwendiger Umstrukturierungsprozesse in solchen Städten und Regionen, die noch nicht über Regionalagenturen oder ähnliche Einrichtungen verfügen. Vor allem ist aber auch die Übertragung von adä-quaten Kompetenzen und Instrumen-ten von der nationalen Ebene auf die Städte und Regionen unabdingbar. Zudem sind neue institutionelle Wege zu beschreiten (z. B. Public-Private-Partnerships).

Strukturprobleme im Zusammenhang betrachten

■ Die Strukturprobleme sollten nicht iso-liert behandelt werden, sondern es soll-ten Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass sie in ihrer Verflechtung untereinander gesehen und Lösungs-ansätze darauf ausgerichtet werden. In den Staaten Mittel- und Osteuropas gibt es eine Vielzahl von Strategien zur Bewältigung der strukturellen Heraus-forderungen. Diese sind jedoch viel-fach sektoral geprägt und auf Subven-tionierung bestehender Branchen aus-

gelegt. In der Zukunft wird es aber – aus Gründen der Effizienz und nicht zuletzt auch angesichts der Forderun-gen nach überfachlichen Konzepten aus der Europäischen Union – immer wichtiger sein, Probleme und Lösungs-ansätze integriert zu behandeln und die Förderpolitiken weniger an der re-gionalen Abfederung sozialer Härten als an der Zukunftsfähigkeit von Bran-chen auszurichten. Ein besonderes Ge-wicht ist zu legen auf die Umsetzung von Maßnahmen und die Verbindung von Regionalplanung und Regional-politik.

Intensiver Austausch über Lösungsansätze

■ Die Zusammenarbeit zwischen altin-dustrialisierten Städten und Regionen mit schwierigen Strukturbedingungen sollte gefördert werden. Dabei kann es keine allgemein verbindlichen Strate-gien geben, um die anstehenden Struk-turprobleme zu lösen. Nur durch einen intensiven Austausch über Lösungs-ansätze und eine Vernetzung der daran Beteiligten können neue Wege der Problembewältigung gefunden wer-den. Programme zum Austausch von Wissen und Erfahrung können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Als eine Voraussetzung für die Umsetzung dieser Empfehlungen schlagen die Mit-glieder des Netzwerks raumwissenschaf-tlicher Forschungseinrichtungen in Mittel- und Osteuropa zweierlei Maßnahmen vor:

Zum einen soll der im Rahmen von INTERREG II C begonnene Dialog und Wissensaustausch über Strategien zur Bewältigung von Strukturproblemen in alt-industrialisierten Städten und Regionen in Mittel- und Osteuropa auch im Rahmen von INTERREG III fortgesetzt werden.

Zum anderen soll die vergleichende transnationale Forschung über Grundfra-gen der Probleme dieser Räume im Rah-men geeigneter Forschungscoopera-tionen intensiviert werden.

In beiden Fällen sollen Wissenschaft und Praxis eng miteinander verbunden und transnational organisiert werden. Auf diese Weise kann ein wesentlicher Bei-trag zur zukünftigen Erweiterung der Eu-ropäischen Union sowie zur Integration und Kohäsion in Europa insgesamt ge-leistet werden.

Ansprechpartner:
Professor Dr. Bernhard Müller
Direktor
Tel. 0351/4 67 92 10
E-Mail: B.Mueller@ioer.de

Industriebrache und wie weiter? – Ein Kriterienkatalog zur Einschätzung naturverträglicher Folgenutzungen

Juliane Mathey, Birgit Kochan, Sylke Stutzriemer

Für eine Vielzahl der im Zuge des weltweiten sozioökonomischen Strukturwandels entstandenen Brachflächen stellt sich die Frage nach Konzepten für eine sinnvolle Nachnutzung. Im Rahmen eines Forschungsprojekts am IÖR wurden die Möglichkeiten einer räumlich-funktionalen Einbindung städtischer Industriebrachen in Biotopverbundsysteme geprüft und Ansätze für handhabbare Entscheidungshilfen für die Planungspraxis erarbeitet.

Die Ergebnisse einer bundesweit durchgeführten Befragung von 107 Mittelstädten zeigten, dass ein Großteil der Eigentümer bezüglich der Nachnutzung an wirtschaftlichen Zielen festhält, obwohl die Chancen für weitere „Revitalisierungen“ innerstädtischer Industriebrachen nach wie vor nicht gut stehen. Daneben steht eine Reihe von Städten naturschutzunterstützenden Nutzungsalternativen für Industriebrachen offen gegenüber. Bisher

wurden allerdings im Planungsprozess – besonders bei schnellen Entscheidungen – ökologische Potenziale gegenüber wirtschaftlichen und sozialen Interessen weniger beachtet. Eine Ursache dafür ist in der unzureichenden Bereitstellung aktueller naturschutzrelevanter Daten zu suchen. Ganz offensichtlich fehlen aber auch zusätzliche, den Naturschutz unterstützende Entscheidungshilfen, die diese „Benachteiligung“ ausgleichen können.

Entscheidungshilfen für die Planungspraxis

Anliegen des Forschungsprojekts am IÖR war es deshalb, einfach handhabbare Entscheidungshilfen für die Planungspraxis zu entwickeln, um dennoch schnell Aussagen zu ökologischen Potenzialen einer Industriebrache einschließlich ihrer

Planerisches Ziel:
Öffentliches Grün mit intensiven Freizeitaktivitäten

Flächeneignung

A Isolierte Einzelfläche

Größe der Brache Dauer des Brachliegens	Größe der Brache			
	< 2 ha	2-10 ha	10-30 ha	> 30 ha
< 3 Jahre	+	+	++	++
3-10 Jahre	+	+	+	+
10-50 Jahre	+	+	+	+
> 50 Jahre	+	+	-	-

B Brachfläche - einzeln oder in enger Nachbarschaft zu weiteren Brachflächen - innerhalb eines Grünzuges

Größe der Brache Dauer des Brachliegens	Größe der Brache			
	< 2 ha	2-10 ha	10-30 ha	> 30 ha
< 3 Jahre	++	++	+	+
3-10 Jahre	+	+	-	-
10-50 Jahre	-	-	-	-
> 50 Jahre	-	-	-	-

C Brachfläche in enger Nachbarschaft zu weiteren Brachflächen, Grünstrukturen und/oder Grünzügen

Größe der Brache Dauer des Brachliegens	Größe der Brache			
	< 2 ha	2-10 ha	10-30 ha	> 30 ha
< 3 Jahre	+	+	+	+
3-10 Jahre	-	-	-	-
10-50 Jahre	-	-	-	-
> 50 Jahre	-	-	-	-

Für das Ziel
- nicht geeignet
+ geeignet
++ gut geeignet

Abb. 2: Kriterienkatalog: Entscheidungsmatrix zur Grobeinschätzung der Flächeneignung für öffentliches Grün mit intensiven Freizeitaktivitäten (Quelle: Eigener Entwurf)

Einsatz naturverträglicher Nutzungen von Sukzessionsstadien

NATURVERTRÄGLICHE NUTZUNGEN	
Sporadische Nutzungen für Großveranstaltungen	
Öffentliches Grün mit intensiver Freizeitnutzung	
Ausschließliche Winternutzungen	
Rad- und Wanderwege	
Öffentliches Grün mit Naturerlebnisräumen	

SUKZESSIONSSTADIEN MIT AUSGEWÄHLTEN ZIELARTEN

	Pionierflur	Ausdauernde Ruderaflur	Ruderale Hochstaudenflur	Vorwälder, Junge Wälder
Beispiele				
Flora	Kanadisches Berufkraut Klebriger Gänsefuß	Gemeiner Natternkopf Königskerze-Arten	Goldrute-Arten Rainfarn	Hängebirke Salweide
Fauna	Blaufügelige Sandschrecke Zauneidechse Haubenlerche Feldspitzmaus	Blaufügelige Ödlandschrecke Wechselkröte Dorngrasmücke Mauswiesel	Gestreifte Zartschrecke Erdkröte Braunkehlchen Feldhase	Waldgrille Waldeidechse Fitislaubsänger Waldspitzmaus

Abb. 1: Übersicht über naturverträgliche Nutzungen zum Erhalt konkreter Sukzessionsstadien mit der jeweiligen Flora und Fauna (Quelle: Eigener Entwurf)

Biotopverbundeneignung machen zu können.

Zu einer solchen Einschätzung der Flächeneignung konkreter städtischer Industriebrachen für ausgewählte naturverträgliche Nutzungen wurde ein Kriterienkatalog erarbeitet. Dabei wurde versucht, das Defizit an Daten und die damit verbundenen Informationslücken durch Grobeinschätzungen zu kompensieren. Im Projekt wurde die Absicht verfolgt, anthropogenen Lebensraumansprüchen gerecht zu werden, ohne dass diese einem bestimmten Naturschutzziel entgegenstehen. Bestimmte Naturschutzziele sollen durch den Erhalt konkreter Sukzessionsstadien der Vegetation auf Brachen erreicht werden. So lassen sich unterschiedliche Vegetationsentwicklungen fördern und dadurch die Lebensräume ausgewählter Tierarten erhalten bzw. aufwerten. Die zum Erhalt bestimmter Sukzessionsstadien erforderlichen Pflegemaßnahmen werden durch verträglich

gestaltete Nutzungen sichergestellt. Dazu wurden beispielhaft fünf Nutzungen definiert, die in ihrer Ausrichtung besonders geeignet erscheinen, gewünschte Sukzessionsstadien zu erhalten und damit der erforderlichen „Pfleger“ dieses Vegetationstyps entsprechen zu können (Abb. 1). Dies sind „Öffentliches Grün mit Naturerlebnisräumen“, „Öffentliches Grün mit intensiven Freizeitaktivitäten“, „Rad- und Wanderwege“, „Sporadische intensive Nutzungen“, „Ausschließliche Winternutzungen“. Die im Projekt entwickelte Grobeinschätzung basiert darauf, dass in Anlehnung an Kenntnisse über sukzessionstypische Gesetzmäßigkeiten und Abhängigkeiten auf bestimmte Biotopzustände geschlossen wird. Die Einschätzung erfolgt mit Hilfe der Mindestkriterien Flächengröße, Dauer des Brachliegens und Lage der Industriebrache und ist stets auf eine konkrete zukünftige Nutzung bezogen (Abb. 2). Auch wenn die Kriterien für die Grobeinschätzung so gewählt wurden, dass die Einschätzung vom „Schreibetisch“ aus erfolgen kann, ist es günstig, wenn sich die Grobeinschätzung mittels weiterer Kriterien wie Versiegelungsgrad,

Standortverhältnisse sowie Strukturvielfalt der Brache konkretisieren lässt. Naturschutzfachliche Untersuchungen der Brache werden dadurch jedoch nicht ersetzt; diese sind je nach getroffener Vorentscheidung durchzuführen.

Kriterienkatalog zur Einschätzung der Industriebrache

Der Kriterienkatalog dient der Grobeinschätzung der Potenziale einer städtischen Industriebrache und ist damit als ergänzendes Hilfsmittel für Vorentscheidungen in der vorbereitenden bzw. in der verbindlichen Bauleitplanung einzusetzen. Die Einschätzung erfolgt stets in Bezug auf eine konkrete zukünftige Nutzung. Den Entscheidungsträgern soll so eine erste Orientierung geboten werden. Außerdem besteht die Möglichkeit, mit dem Kriterienkatalog die Aufmerksamkeit von den rein wirtschaftlichen bzw. sozialen Funktionen städtischer Industriebrachen auf deren ökologische Potenziale zu lenken. So wäre es günstig, wenn Industrie-

brachen im Planungsprozess nicht ausschließlich für gewerbliche Wiedernutzungen vorgehalten würden, sondern Kombinationslösungen von Nutzung und Naturschutz Vorrang hätten. Die verfolgten Naturschutzziele sollten dabei nach den speziellen Freiraumbedürfnissen und den landschaftlichen Gegebenheiten einer Stadt konkretisiert werden. So kann eine Stadt durch eine differenzierte, an den ökologischen und sozialen Potenzialen orientierte Brachflächennutzung konkreter auf ihre spezifischen Entwicklungsziele eingehen. Dadurch lässt sich eine Verbesserung der Grünstrukturen erreichen und so eine Erhöhung der städtischen Lebensqualität unterstützen. Der vollständige Kriterienkatalog ist auf der IÖR-Homepage über den Pfad „http://www.ioer.de“ Rubrik Forschung, „Projekte 1992-2000“, „P/084“, „Kriterienkatalog“ abrufbar.

Ansprechpartnerin:
 Dr. Juliane Mathey
 Abteilung Regionalentwicklung und Landschaftsökologie
 Tel. 0351/4 67 92 31
 E-Mail: J.Mathey@ioer.de

Aus dem Forschungsschwerpunkt: Europäische Integration

Berücksichtigung von Umweltbelangen in raum- und stadtentwicklungspolitischen Instrumenten auf europäischer Ebene

Markus Leibenath, Bernhard Müller, Karina Pallagst

Die Politik der Europäischen Union bestimmt in immer stärkerem Maße die Raumstrukturen und die Umweltsituation in den Mitgliedsstaaten. Dies ist vor allem auf die europäische Strukturpolitik und die Richtlinienkompetenz zurückzuführen, welche die EU auf zahlreichen raum- und umweltrelevanten Politikfeldern erhalten hat. Außerdem wurde in den letzten Jahren ein Set von spezifisch raumentwicklungspolitischen Ansätzen entwickelt, die allerdings – soweit es sich um planerisch-konzeptionelle Instrumente handelt – rechtlich unverbindlich sind.

Gemäß Artikel 2 des Amsterdamer EG-Vertrags gehört „ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität“ zu den ausdrücklichen Zielen der EU. Nach Artikel 6 müssen außerdem „die Erfordernisse des Umweltschutzes“ in sämtliche

Gemeinschaftspolitiken integriert werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in welchem Umfang die Ziele der gemeinschaftlichen Umweltpolitik bereits Eingang gefunden haben in die europä-

sche Raumentwicklungspolitik. Außerdem ist zu klären, ob sich die raum- und stadtentwicklungspolitischen Ansätze der europäischen Ebene für die Förderung einer dauerhaft-umweltgerechten Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland nutzen lassen. Ziel der Studie war es, Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Instrumentariums der europäischen Raumentwicklungspolitik zu ziehen und Handlungsoptionen für einen effektiveren Einsatz der Instrumente aufzuzeigen.

Einerseits wurden sechs Instrumente der Raum- und Stadtentwicklung vergleichend bewertet. Zum anderen basieren die Ergebnisse auf der Untersuchung von Fallbeispielen, in denen die Implementationsprozesse und die realisierten Projekte anhand von Beispielen

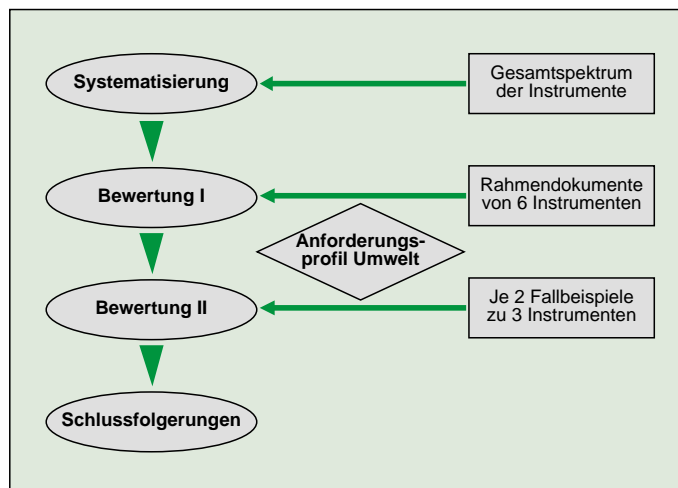


Abb. 1: Vorgehensweise (Quelle: Eigener Entwurf)

len analysiert und bewertet wurden.

Auf der Basis einer Systematisierung wurden sechs Instrumente für die Bewertung auf der Ebene der Rahmendokumente ausgewählt: das europäische Raumentwicklungskonzept EUREK, der „Aktionsrahmen nachhaltige Stadtentwicklung“, die Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN) sowie die Gemeinschaftsinitiativen INTERREG III A, INTERREG III B und URBAN II (vgl. Abb. 1).

In den Fallstudien sollte die Umsetzung von Rahmendokumenten in konkrete Projekte nachgezeichnet und bewertet werden. Im Bereich der raum- und stadtentwicklungspolitischen Instrumente lässt sich dies nur bei den Anreizinstrumenten INTERREG und URBAN durchführen. Insgesamt wurden sechs Regionen beziehungsweise Städte untersucht, um eine gewisse Repräsentativität der Ergebnisse zu gewährleisten.

Die Kriterien zur Bewertung der raum- und stadtentwicklungspolitischen Instrumente und der Fallbeispiele wurden zu einem „Anforderungsprofil Umwelt“ zusammengefasst. Dabei wurde unter anderem auf normative Aussagen aus den umweltpolitischen Instrumenten der Europäischen Union zurückgegriffen, zum Beispiel auf das Fünfte Umweltaktionsprogramm, die FFH-Richtlinie und die gesamteuropäische Biodiversitätsstrategie.

EUREK und URBAN II als Positivbeispiele

Bei allen untersuchten raumwirksamen Instrumenten der EU-Politik werden Umweltbelange berücksichtigt, wenngleich in unterschiedlicher Form. Als positiv sind in dieser Hinsicht das EUREK, der „Aktionsrahmen nachhaltige Stadtentwicklung“ und die Gemeinschaftsinitiative URBAN

II zu beurteilen. Die Leitlinien für INTERREG III A und B fokussieren stärker auf akteursbezogene Aspekte der Zusammenarbeit und sind insgesamt so offen gehalten, dass auch hier nicht von einer Vernachlässigung der Umweltdimension gesprochen werden kann.

Defizitär sind die prozessualen Aussagen zur Berücksichtigung von Umweltbelangen in den Leitlinien der Gemeinschaftsinitiativen. Wünschenswert wäre eine Verpflichtung, im Implementationsprozess auf den Schutz der natürlichen Ressourcen Rücksicht zu nehmen und die zu fördernden Maßnahmen möglichst umweltschonend zu konzipieren.

In den Fallstudien hat sich gezeigt, dass der größte Teil der vorgeschlagenen und durchgeführten Maßnahmen aus Umweltsicht als neutral einzustufen ist. Die meisten Aktivitäten beziehen sich auf den Aufbau von Akteursnetzwerken, die Einführung neuer Technologien, die Qualifizierung von Arbeitskräften sowie auf soziale und kulturelle Inhalte. Potenziell umweltbeeinträchtigende Maßnahmen bilden die Ausnahme. Im Gegensatz dazu wird ein relativ hoher Anteil umweltverbessernder Vorhaben vorgeschlagen und auch durchgeführt. Die Bandbreite reicht von der Landschaftspflege über Abfallkonzepte bis hin zu Projekten des Öffentlichen Personenverkehrs und der Umweltforschung.

Die raumwirksamen Politiken der EU sollten in Zukunft stärker aufeinander abgestimmt werden. Unter diesem Gesichtspunkt ist es zu begrüßen, dass mit dem EUREK der Versuch unternommen wurde, ein gesamtträumliches Leitbild zu entwickeln. Daraus sollten konsistente teilträumliche und sektorale Konzepte abgeleitet werden. Ansätze dazu sind bereits zu erkennen, etwa wenn in den Leitlinien für die neue Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B solchen Maßnahmen Priorität eingeräumt wird, die die Anfor-

derungen des EUREK und der transeuropäischen Netze berücksichtigen.

In den Leitlinien für die Gemeinschaftsinitiativen INTERREG und URBAN könnte durch eine Modifizierung der Ziele darauf hin gewirkt werden, dass die Maßnahmen nicht zu einer Verschlechterung der Umweltsituation führen dürfen. Dies wäre ganz im Sinne des Verbesserungsgebots beziehungsweise des Verschlechterungsverbots, die zu den Leitlinien der europäischen Umweltpolitik gehören.

Förderung in Abhängigkeit vom Umweltrisiko

Eine Umweltverträglichkeitsprüfung, die den Vorgaben der Ex-ante-Evaluierung für die Operationellen Programme entspricht, könnte vonseiten der EU auch für die Projektebene vorgeschrieben werden und ihren Niederschlag in der Höhe der finanziellen Förderung finden. Anhand der Evaluierungsergebnisse könnten die zur Förderung vorgeschlagenen Projekte durch die jeweiligen Bewilligungsgremien in verschiedene Umweltrisikoklassen eingeteilt werden. In Abhängigkeit davon würde die Beteiligung der EU-Strukturfonds dann unterschiedlich hoch ausfallen.

Bei der Bewertung der Gemeinschaftsinitiativen ist deutlich geworden, dass mit den Leitlinien und Operationellen Programmen nicht mehr als ein Rahmen gesetzt wird und dass die regionalen beziehungsweise lokalen Akteure bei der Ausgestaltung dieser Vorgaben über einen großen Gestaltungsspielraum verfügen.

Ansprechpartner:
Dr. Markus Leibenath
Abteilung Regionalentwicklung und
Landschaftsökologie
Tel. 0351/4 67 92 72
E-Mail: M.Leibenath@ioer.de

● Aus dem Forschungsschwerpunkt: Ressourceneffizientes Bauen und Wohnen

Umbau der sächsischen Städte

– Ein Veranstaltungsbericht –

Gérard Hutter

Das Sächsische Staatsministerium des Innern (SMI) und das IÖR führten am 22. Januar 2001 im Sächsischen Landtag eine mit ca. 250 Teilnehmern gut besuchte Veranstaltung zur Themenstellung „Umbau der sächsischen Städte – integrierte Stadtentwicklung im Zusammenhang regionaler Entwicklungen“ durch. Zahlreiche Vertreter der sächsischen Kommunen und

Staatsregierung, der Verbände und Kammern sowie Vertreter von Unternehmen, insbesondere Wohnungsunternehmen, und wissenschaftlichen Institutionen nahmen teil. Im Folgenden wird zunächst die Zielstellung der Veranstaltung näher erläutert. Um ein Bild von der Vielfalt der diskutierten Themen zu vermitteln, wird im zweiten Abschnitt auf ausgewählte Refe-

rate eingegangen. Der Beitrag schließt mit einem Fazit.

Für die sächsischen Städte wird der Handlungsdruck in den kommenden Jahren stark ansteigen. Um die Städte auf Dauer funktionsfähig zu erhalten, müssen in großem Umfang stadtstrukturelle Maßnahmen durchgeführt werden. Das gilt angesichts des bereits bestehenden Woh-

nungsleerstands und des weiter anhaltenden Rückgangs der sächsischen Bevölkerung insbesondere für die Wohnbaubsubstanz. Das gilt aber auch für innerstädtische Brachen der Industrie, des Gewerbes, der Bahn und Post und für ehemals militärisch genutzte Liegenschaften. Zur Gewährleistung eines geordneten Stadtumbaus bedarf es vor allem der intensiven Wahrnehmung der Planungshoheit der Gemeinden sowie der Kooperation öffentlicher und privater Institutionen. Auch die Bevölkerung sollte direkt in die Diskussion über die Möglichkeiten eines geordneten Stadtumbaus eingebunden werden. Angesichts der Vielfalt und Kompliziertheit der mit dem Umbau der sächsischen Städte verbundenen Probleme ist ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch zwischen den betroffenen Akteuren erforderlich. Ziel der Veranstaltung war es, den erforderlichen Dialog zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zu eröffnen.

Welche Strategien die Staatsregierung zur Unterstützung des Umbauprozesses in den sächsischen Städten verfolgt, wurde von Dr. Albrecht Buttolo, Staatssekretär im SMI, herausgestellt. Er führte aus, dass der Umbau der sächsischen Städte ein gut ausgewogenes Bündel von Erhaltungs-, Umbau-, Neubau- und auch Rückbaumaßnahmen erfordere. Nahezu alle Städte müssten nicht nur auf Wachstum verzichten, sondern sich auf „Schrumpfung“ einstellen. Ein Management der Schrumpfung müsse jedoch einhergehen mit der stetigen Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität in den sächsischen Städten. Dr. Buttolo behandelte in seinem Referat zudem Umsetzungsfragen. Die Kommunen würden durch die Staatsregierung intensiv unterstützt, beispielsweise durch die Förderung der Eigentumbildung im Bestand und die Fortführung der Städtebauförderung. Der Anspruch eines geordneten Stadtumbaus könne jedoch nur erfüllt werden, wenn die Bereitschaft zur Kooperation aller kommu-

nalen Fachbereiche und privaten Akteure vorhanden sei.

Ausdruck des gemeinsamen Wirkens sollten künftig „Integrierte Stadtentwicklungskonzepte“ sein. Dietrich Gökelmann, Leiter der Abteilung 5 „Raumordnung,

Integrierte Stadtentwicklungskonzepte sind „Chefsache“

Bau- und Wohnungswesen“ im Regierungspräsidium Dresden, unterstrich die Bedeutung integrierter Stadtentwicklungskonzepte. Die Formulierung von Stadtentwicklungskonzepten sei „Chefsache“ in den Kommunen, für die die erforderlichen Handlungsressourcen eingesetzt werden sollten. Möglichkeiten eines proaktiven kommunalen Vorgehens beim Umbau der sächsischen Städte zeigte Dr. Engelbert Lütke Daldrup, Beigeordneter für Planung und Bau der Stadt Leipzig, auf. Leipzig verfolge eine Doppelstrategie, bei der Maßnahmen der Stadterhaltung mit Maßnahmen des Umbaus kombiniert werden. Beim Umbau sei auch der Rückbau der Wohnbaubsubstanz aus der Gründerzeit in Betracht zu ziehen. Die Bedeutung integrierter Stadtentwicklungskonzepte für die regionale Entwicklung stand im Mittelpunkt des Referats von Dr. Bernd Klose, Oberbürgermeister der im Verdichtungsraum Leipzig gelegenen Stadt Markkleeberg. Margitta Faßl, Geschäftsführerin der Wohnungsgesellschaft Hoyerswerda, und Detlef Hecker, Vorstand der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ aus Chemnitz, führten den Teilnehmern die dramatischen Konsequenzen des Wohnungsleerstands für die Wohnungsunternehmen vor Augen. Prof. Dr. Bernhard Müller, Direktor des IÖR, führte aus, dass der Umbau der sächsischen Städte auch eine Herausforderung für die Wissenschaft darstelle. Entsprechend der Komplexität der praktischen Probleme

und des aktuellen Handlungsdrucks sei sie gefordert, Forschungsvorhaben fächerübergreifend zu entwickeln und praxisrelevante Resultate zügig bereitzustellen. Nicht zuletzt zu diesem Zweck sei von der Technischen Universität (TU) Dresden in Zusammenarbeit mit dem Institut für ökologische Raumentwicklung im letzten Jahr das Raumwissenschaftliche Kompetenzzentrum Dresden ins Leben gerufen worden. Das Kompetenzzentrum fördere die fakultätsübergreifende Zusammenarbeit von Lehrstühlen und Dozenten, die Kooperation universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen am Standort Dresden und den Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis.



(Foto: J. Rathmann)

Das Ziel der Veranstaltung, den erforderlichen Dialog zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zu eröffnen, konnte erreicht werden. Dies dokumentiert die hohe Anzahl und Zusammensetzung der Teilnehmer. Künftig wird es vor allem darauf ankommen, wie man die Bevölkerung in den Diskurs über die Möglichkeiten eines geordneten Umbaus der sächsischen Städte einbeziehen kann.

Ansprechpartner:
Dipl.-Volksw. Gérard Hutter
Abteilung Wohnungswesen und Bauökologie
Tel. 0351/4 67 92 37
E-Mail: G.Hutter@ioer.de

Aus den Partnereinrichtungen der WGL

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

ARL/BBR-Zukunftsforum „Raumplanung 2030“

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) werden am 15. und 16. November 2001 in Bonn eine größere Tagung zur Zukunft der Raumplanung in Deutschland durchführen. Ziele sind unter anderem, die Zukunftsrelevanz des Politik- und Forschungsfeldes für die nachhaltige Entwicklung Deutschlands in Europa herauszustellen

sowie durch eine Verdeutlichung und Popularisierung der zentralen Probleme, Chancen und Aufgaben von Raumplanung, Raumentwicklungspolitik und Raumwissenschaft deren Position in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft zu verbessern. Weiterhin will man sich darum bemühen, eine stärkere Integration der (regional) science community nach innen zu bewirken.

Außerdem werden Grundfragen der räumlichen Entwicklung, Planung und Politik in Leitvorträgen, u. a. des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Wolfgang

Clement, behandelt. Darüber hinaus finden vier Podien zu folgenden Themen statt:

- Veränderte Rahmenbedingungen der Raumentwicklung,
- Steuerungsmöglichkeiten der räumlichen Planung und Politik,
- Planungsverständnis sowie
- Popularisierung der Probleme, Aufgaben und Chancen räumlicher Planung, Politik und Forschung.

Das Gesamtprogramm der Veranstaltung ist ab April auf der Homepage der ARL zu finden (www.arl-net.de).

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Veröffentlichung zum EUREK

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung veröffentlicht Forschungs- und Sitzungsberichte zum Europäischen Raumentwicklungskonzept EUREK.

Im letzten Jahrzehnt ist eine beachtliche Dynamik in die Diskussion um eine europäische Raumentwicklungspolitik gekommen. Hierbei spielten die neuen Rahmenbedingungen der gesamteuropäischen Entwicklung, von der fortschreitenden Globalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten über die westeuropäische Integration (EU) bis hin zur Grenzöffnung nach Mittel- und Osteuropa, eine zentrale Rolle.

Der Stellenwert der räumlichen Dimension auf europäischer Ebene und die Einsicht in die Notwendigkeit einer engeren europaweiten Abstimmung raumrelevanter Politiken sowie die Aktionen zur Gewährleistung einer ausgewogenen und nachhaltigen Raumentwicklung haben an Bedeutung gewonnen. Dies führte zur Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der europäischen Raumentwicklungspolitik, die 1999 mit der Vorlage einer wichtigen Grundlagenkonzeption, dem Europäischen Raumentwicklungskonzept (EUREK), einen vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Die nun kürzlich vorgelegte Veröffentlichung der ARL*) setzt sich eingehend mit dem Europäischen Raumentwicklungskonzept auseinander. Im Vordergrund der Publikation stehen Grundelemente sowie die Aufgaben- und Organisationsstruktur einer Europäischen Raumentwicklungspolitik, die Nachzeichnung und Erläuterung des EUREK-Prozesses, der konzeptionelle Ansatz des EUREK, die Beurteilung des EUREK aus regionalökonomischer und sozio-kultureller Sicht, die Darstellung alternativer Szenarien zur Raumentwicklung in Europa, die räumlichen Auswirkungen einzelner EU-Politi-

ken und Fragen der Mehrebenenkoordination in der europäischen Raumentwicklungspolitik.

*) Europäisches Raumentwicklungskonzept (EUREK)

Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Hannover 2001, Bd. 216, 184 S. (ISBN 3-88838-045-6)

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)

Lernende Region:

Gemeinsame Arbeitstagung des IRS und des DIE (Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

Regionale Entwicklung und Bildung stehen in einem „proaktiven“ Zusammenhang. Diese These stand im Mittelpunkt einer Arbeitstagung im IRS, an der im Dezember 2000 insgesamt 30 TeilnehmerInnen aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik teilnahmen. Die Federführung hatten Ekkehard Nuissl von Rein, Direktor des DIE in Frankfurt am Main, mit Erhard Reutter (DIE) sowie Karl-Dieter Keim, Direktor des IRS, und Ulf Matthiesen, am IRS Leiter der Abteilung III Planungsgeschichte und Regionalkultur, übernommen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die gemeinsame Betrachtung von Bildungs- und Weiterbildungsangeboten, Arbeitsmärkten und Regionalentwicklung. Damit trafen sich zwei „Diskursfamilien“ (Bildung/Weiterbildung und Regionalentwicklung), die bislang eher getrennt voneinander operieren. Bereits die Einführungsreferate zeigten, in welcher Weise die kulturellen, ökonomischen und sozial-räumlichen Potenziale einer Region in direkter Abhängigkeit zum Angebot eines gut ausgebildeten „Humankapitals“ stehen.

In zwei Arbeitsgruppen wurden nationale und internationale Erfahrungen mit dem Zusammenhang von Regionalentwicklung und Bildung

vorge stellt und diskutiert (Ruhrgebiet, Holland, Österreich). Mit einer konkreten Fallanalyse zu Peripherisierungsprozessen und Lernblockaden in Ostbrandenburg zeigte Ulf Matthiesen auf, inwiefern der Qualifizierung und der Standortbindung für autochthone Bevölkerungsgruppen eine Bedeutung zukommt. Besonders für ostdeutsche Regionen, die von anhaltenden Abwanderungsbewegungen betroffen sind, ist dieser Fragenzusammenhang hochaktuell.

Entlang von weiteren Fallbeispielen diskutierten die TeilnehmerInnen u. a. die Frage, wie eine Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik erzielt und wie in regionalen Peripherisierungsprozessen Optionen für individuelle und überindividuelle Lernprozesse entwickelt werden können. Als Ergebnis der Tagung wurden gemeinsam Empfehlungen zur Verknüpfung von Regionalentwicklung und Bildungspolitik erarbeitet. Eine Publikation der Arbeitstagung ist geplant.

Kontakt im IRS über PD Dr. Ulf Matthiesen
Tel. 03362/79 32 70

E-Mail: matthieu@irs.los.shuttle

Projekt: Strukturwandel in den neuen Ländern

Gemeinsam mit dem Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) und Reinhard Aehnelt, Berlin, bewarb sich das IRS im Oktober 2000 beim Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung um das Forschungsprojekt „Integrierte wohnungswirtschaftliche und städtebauliche Konzepte zur Gestaltung des Strukturwandels in den neuen Ländern“ – und erhielt den Zuschlag. Die Bearbeitungszeit beträgt zehn Monate, im Herbst 2001 soll die Arbeit mit einer Fachveranstaltung und einer Publikation abgeschlossen werden, bei der anhand von sechs bis acht „Best Practices“ die Erfahrungen in der Erarbeitung gesamtstädtischer Entwicklungskonzeptionen dargestellt werden.

Aktuelles

Gebäudepass-Konzept aus Dresden

Die Entscheidung, ein Haus zu bauen oder zu kaufen, bedeutet, sich mit zahlreichen weitreichenden Fragen auseinander zu setzen. Neben klassischen Fragen wie Grundrissgestaltung und Finanzierung stellen sich zunehmend auch Fragen der Gesundheits- und Umweltverträglichkeit von Bauprodukten und Konstruktionen. Dabei sind die besonderen Qualitäten insbesondere ökologisch hochwertiger Gebäude für Bauherren, potenzielle Käufer oder Mieter häufig gar nicht ohne weiteres erkennbar.

Eine Möglichkeit, hier Transparenz und Sicherheit für alle Beteiligten zu schaffen, bietet der „Gebäudepass“. Vergleichbar mit einem erweiterten Kfz-Brief können mit einem Gebäudepass die Eigenschaften und Qualitäten eines begutachteten Gebäudes übersichtlich dokumentiert und gegebenenfalls auch zertifiziert werden.

Vor diesem Hintergrund hat das Innenministerium Schleswig-Holstein aktuell durch das

Institut für ökologische Raumentwicklung ein Projekt zu den Grundlagen für einen „Gebäudepass Schleswig-Holstein“ bearbeiten lassen. Ziel ist die Entwicklung eines Instrumentariums zur Kennzeichnung guter Bauqualität und Förderung ökologischer Qualitäten im Bauwesen. Als wesentliche Bedingung für das Gelingen wird in Schleswig-Holstein die Beteiligung eines möglichst großen Kreises von Interessengruppen des Bauwesens an der Entwicklung gesehen. Schleswig-Holstein gehört damit zu den Gebäudepass-Vorreitern unter den öffentlichen Akteuren im bundesdeutschen Bauwesen.

Kernelemente der „Basis-Konzeption Gebäudepass Schleswig-Holstein“, die im Rahmen des Projektes entwickelt wurde, sind eine qualifizierende Beratung, Baubegleitung und Gebäudedokumentation sowie Zertifizierung in ausgewählten Teilbereichen und eine regelmäßige Fortschreibung des Gebäudepasses. Damit setzt der Gebäudepass Schleswig-Hol-

stein nicht allein auf eine abschließende Beurteilung des fertigen Gebäudes sondern vielmehr auf eine teamorientierte Qualifizierung des jeweiligen Vorhabens von Anfang an. Hier sollen insbesondere auch die Erfahrungen aus der ebenfalls auf ökologische Qualifizierung ausgerichteten Wohnungsbauförderung des Landes genutzt werden.

Das Instrumentarium soll spätestens ab Anfang 2002 zunächst in einer Pilotphase in den Praxistest gehen, wobei insbesondere auch eine Adaption des Gebäudepasses für die spezifische Situation der Bestandssanierung erprobt werden soll. Hiervon sind wichtige Impulse auch für den Umgang mit dem Gebäudebestand über Schleswig-Holstein hinaus zu erwarten.

Ansprechpartner:

Dipl.-Soz. Andreas Blum

Abteilung Wohnungswesen und Bauökologie

Tel. 0351/4 67 92 45

E-Mail: A.Blum@ioer.de

Veranstaltungen

Tagung Wohnungsprognose 2015

Am 22. und 23. Februar 2001 fand am IÖR eine gemeinsame Tagung des IÖR und des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zum Thema „Regionalisierte Wohnungsprognose 2015“ statt. Die Veranstaltung diente der Vorstellung und Diskussionen der Ergebnisse des Projektes. Unter anderem wurde deutlich gemacht, welche Regionen von Veränderungen stärker betroffen sind und wo sich Angebot und Nachfrage in Zukunft stärker unterscheiden werden.

Tagung in Görlitz

Eine Tagung zum Thema „Paneuropäische Verkehrskorridore – Impulsgeber für die Regionalentwicklung im deutsch-polnischen Grenzraum“ fand am 21. März 2001 im Görlitzer Rathaus statt. Die Veranstaltung wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom IÖR und dem Institut für Orts- und Regionalentwicklung in Poznan, Polen, gemeinsam durchgeführt. Die Tagung trug dazu bei, einen Informationsaustausch zwischen den staatlichen und regionalen Institutionen sowie den Organen der kommunalen Selbstverwaltung auf deutscher und polnischer Seite zu initiieren.

Nachhaltige Wohngebietsentwicklung

Am 30. März 2001 wurden die Ergebnisse des Verbundprojekts „Nachhaltige Wohngebietsentwicklung“ im Rahmen einer NAWO-Fachtagung im IÖR vorgestellt. Analysen und Szenarien für die Fallbeispiele Freiberg, Leipzig sowie Zittau standen im Vordergrund der Veranstaltung. Das Forschungsprojekt „Nachhaltige Entwicklung des Wohnungsbestandes in sächsischen Groß- und Mittelstädten“ wird vom Sächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst gefördert.

Planerforum

Das Dresdner Planerforum fand am 11. April 2001 im Institut für ökologische Raumentwicklung zum Thema „Anwendung des EUREK im Alpen-Adria-Kernraum“ statt. Als Gastreferent trat Professor Michael Sauberer von der Universität Klagenfurt, Institut für Geographie, auf.



Veröffentlichungen



In der IÖR-Schriftenreihe ist der Band 33 mit dem Titel „Wandel der Planung im Wandel der Gesellschaft“ (Hrsg. Dietrich Fürst und Bernhard Müller) erschienen. Die Veröffentlichung ist Ergebnis eines Dialogs über die Fortentwicklung des Systems der Raum-

und Umweltplanung und zu Fragen der Steuerung der Raumentwicklung, der vom Institut für Landesplanung und Raumforschung der Universität Hannover und vom Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden initiiert worden ist. (ISBN 3-933053-12-9)

Im IÖR-Text 133 „Zukünftige Wohnungsnachfrage und Neubaubedarf in Ost- und Westdeutschland“ stellen Irene Iwanow, Mathias Metzmacher, Ralf Schmidt und Matthias Waltersbacher die aktuellen Ergebnisse der regionalisierten Wohnungsprognose 2015 vor.

Über die Zusammenarbeit zwischen Städten und Gemeinden in Grenzräumen informiert das Buch „Grenzraum als Vermittlungsraum“. Den Autoren Bernard Müller, Kateřina Kučera, Mi-



lan Jeřábek und Jan Příkryl dienen dabei die Stadt Klingenthal in Sachsen und Kraslice in Nord-Böhmen als empirischer Hintergrund der Studie, die Einblicke in Probleme, Hoffnungen und Anstrengungen von Kommunen in einem strukturschwachen Raum

gibt. Erschienen ist das Buch im Verlag für Wissenschaft und Forschung. (ISBN 3-89700-285-X)

Der von Klaus Einig herausgegebene Band „Regionale Koordination der Baulandausweisung“ gibt in 19 Beiträgen einen Überblick zum



Stand von Theorie und Praxis der regionalen Baulandpolitik. Neben einführnden Aufsätzen werden Erfahrungen aus interkommunaler Kooperation und Regionalplanung dokumentiert, Organisationsformen und klassische Koordinationsansätze analysiert und Reform-

vorschläge des bestehenden Instrumentariums unterbreitet. Das Buch ist im Verlag für Wissenschaft und Forschung erschienen. (ISBN 3-89700-258-2)



Impressum

IÖR-INFO
wird herausgegeben vom
Institut für ökologische
Raumentwicklung e. V.
Postanschrift
Weberplatz 1
D-01217 Dresden
Telefon
0351/4 67 90
Telefax
0351/4 67 92 12
E-Mail: Raumentwicklung
@ioer.de
http://www.ioer.de

Direktor
Prof. Dr. Bernhard Müller
Redaktion
Jörg Rathmann
Christiane Bonk

Layout
Natalija Leutert
Eva-Maria Tittel

Druck
Sächsisches Druck- und
Verlagshaus AG, Dresden

**Bestellung von
Publikationen des IÖR**
Gisela Richter,
Tel. 0351/4 67 92 67

IÖR-INFO
erscheint
periodisch

Projekte

Im Rahmen des EU-Projekts „Urban Green Environment“ (URGE) beschäftigt sich das IÖR seit März mit der Entwicklung städtischer Grünräume zur Verbesserung der Lebensqualität in Städten und Stadtregionen. Das Projekt läuft bis Dezember 2002.

Kettner, Mathey, Müller, Smaniotto Costa

„Variable Rate Pricing based on Pay-As-You-Throw as a Tool of Sustainable Urban Waste Management“ (PAYT) heißt das Projekt aus dem Bereich Variable Rate Pricing, das ebenfalls seit März am IÖR läuft und mit EU-Mitteln im Rahmen des Fünften Forschungsrahmens finanziert wird.
Deilmann, Müller